

**Vergleich der
Wahlprogramme der Parteien
zur Europawahl 2009
zu ausgewählten Themengebieten**

**Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung
Potsdam/Berlin, April 2009**

Bearbeitet von Thomas Volkmann

Verwendete Dokumente:

Starkes Europa – Sichere Zukunft, Beschluss des Bundesvorstandes der CDU vom 16.03.2009
<http://www.cdu.de/doc/pdfc/090316-europa-wahlprogramm-2009.pdf>

Europamanifest der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Wahlen zum
Europäischen Parlament 2009 vom 08.12.2008
http://www.spd.de/de/pdf/spezial/eurodel/081208_Europamanifest_2009_final.pdf

Ein Europa der Freiheit für die Welt des 21. Jahrhunderts, Programm der Freien
Demokratischen Partei zur Wahl des Europäischen Parlaments 2009 vom 17.01.2009
<http://www.fdp-fuer-europa.de/files/14211/eu-programm.pdf>

Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa!,
Europawahlprogramm 2009 der Partei DIE LINKE vom 28.02.2009
http://die-linke.de/fileadmin/download/disput/2009/disput_maerz2009_wahlprogramm.pdf

Volles Programm – Mit WUMS für ein besseres Europa, Programm von Bündnis90/Die Grünen
zur Europawahl 2009 vom 25.01.2009
http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Europawahlprogramm/Europawahlprogramm.pdf

Europa-Leitlinien der Freien Wähler, vom 28.02.2009
<http://www.freie-waehler-deutschland.de/uploads/media/leitlinien-europa.pdf>

Anmerkung (Das Europawahl-Programm der CSU liegt derzeit noch nicht vor)

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Zukunft der EU	<p><u>Ziel:</u> demokratisch verfasste EU transparent, unbürokratisch, bürgernah gestalten.</p> <p><u>Forderungen:</u> Abschluss des Ratifizierungsprozesses und Umsetzung des Lissabon-Vertrags;</p> <p>langfristiges Ziel, eine Verfassung für die Europäische Union zu schaffen; Gottesbezug in Präambel;</p> <p>Weiterhin Legitimierung der Übertragung von Hoheitsbefugnissen auf die Europäische Union und Zustimmung zu jeder EU-Erweiterung durch die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten;</p> <p>Konsolidierungsphase im EU-Erweiterungsprozess einleiten; Vorrang für Festigung der Identität und der Institutionen der Europäischen Union;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Ziel:</u> Impuls für eine „zweite Globalisierung“, in deren Zentrum die Renaissance gestaltender Politik steht;</p> <p>Umfassende und vorausschauende Weltinnenpolitik, die auf starken Vereinten Nationen und der Stärke des Rechts beruht; gerechte Weltwirtschaftsordnung mit fairen Regeln und Chancen für alle.</p> <p><u>Forderungen:</u> Globalisierung fair und sozial gerecht gestalten und ihre Chancen für alle Menschen erfahrbar machen;</p> <p>Europa als Vorreiter und treibende Kraft für politische Gestaltung und partnerschaftliche Zusammenarbeit über nationalstaatliche Grenzen hinweg;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Ziel:</u> EU demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger machen;</p> <p>Reform der Union: erhebliche Stärkung des Europäischen Parlaments, verbesserte Mitsprache- und Kontrollmöglichkeiten der nationalen Parlamente in EU-Angelegenheiten, besser koordinierte EU Außenpolitik, effizientere Entscheidungsmechanismen für die erweiterte Union, Ausweitung des Mehrheitsprinzips auf fast alle Politikbereiche, Demokratisierung der gemeinsamen Innen- und Justizpolitik.</p> <p><u>Forderungen:</u> demokratische, verständliche und handlungsfähige EU; Festhalten am Ziel einer umfassenden EU-Reform;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Ziel:</u> EU ökologisch, sozial, demokratisch, friedlich weiterentwickeln.</p> <p><u>Forderungen:</u> bei Scheitern des Lissabon-Vertrages europaweite Volksabstimmung über die Grundrechtecharta;</p> <p>Festhalten am Ziel einer echten Verfassung für Europa, die Bürgerrechte garantiert und die EU transparenter und demokratischer macht;</p> <p>EU-Verfassung als schlanker Grundagentext, der sich auf Werte und Ziele der Union, Grundrechte, Symbole und Regeln zu den Institutionen beschränkt, der die Bürgerrechte samt den sozialen Rechten garantiert und ökologische Nachhaltigkeit durchsetzt;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Ziel:</u> konsequente Durchsetzung von Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Frieden und Rechtsstaatlichkeit sowie Solidarität, Toleranz, Menschenrechten, Säkularisierung und Gleichberechtigung der Geschlechter;</p> <p>Ächtung von Rassismus, Fundamentalismus, Sexismus und Homophobie;</p> <p>EU-Verfassung wirtschaftspolitisch neutral und offen gegenüber einer gemischt-wirtschaftlichen Ordnung;</p> <p><u>Forderungen:</u> EU-weite Bürgerinitiativen, -begehren u. –entscheide;</p> <p>eindeutige Klärung der Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte der nationalstaatlichen und regionalen Parlamente;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Ziel:</u> Europa der Bürger und Regionen.</p> <p><u>Forderungen:</u> Europapolitik muss die Verschiedenheit der Regionen akzeptieren und darf sich nicht mehr so stark in die Belange der Mitgliedsstaaten einmischen;</p> <p>was nicht unbedingt in Brüssel oder Straßburg entschieden werden muss, muss wieder vor Ort entschieden werden;</p> <p>Kommunen müssen als unterste Ebene des Verwaltungsaufbaus eine stärkere Rolle bekommen;</p> <p>Volksabstimmungen und stärkere Einbeziehung der Bürger über den Vertrag von Lissabon oder andere Verfassungsverträge sowie weit reichende, die EU betreffende Entscheidungen;</p> <p><u>Forts. è</u></p>

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Zukunft der EU (Forts.)	<p>maßgeschneiderte Nachbarschaftsabkommen der EU als Alternative; privilegierte Partnerschaft der EU mit der Türkei;</p> <p>Aufgabenverteilung zwischen EU und Mitgliedsstaaten mit ihren Regionen und Kommunen bei künftigen EU-Vertragsänderungen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip überprüfen.</p>	<p>Einrichtung eines globalen Rates der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik;</p> <p>Weitere Stärkung von internationalen Institutionen und Organisationen wie IWF, Weltbank und Welthandelsorganisation ;</p> <p>Widerspiegelung der Interessen der Entwicklungsländer bei der Verteilung der Stimmrechte;</p> <p>Reform und Erweiterung der G8.</p>	<p>dem Vertrag von Lissabon entsprechende Vertiefung der Union;</p> <p>glaubwürdige Erweiterungspolitik mit Augenmaß;</p> <p>Unterstützung für die jetzigen Beitrittskandidaten;</p> <p>Absage an jegliche Form von Rabatten bei den Beitrittskriterien;</p> <p>Erhalt der Beitrittsperspektive für die Länder des westlichen Balkans.</p>	<p>zur Machtkontrolle wesentlich mehr Transparenz und eine europäische Öffentlichkeit;</p> <p>europäische Entscheidungsstrukturen demokratisch und transparent machen und dem Europäischen Parlament volle Rechte geben;</p> <p>Gesetzesinitiativrecht und umfassende Haushaltskompetenz;</p> <p>entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip politische Entscheidungen dort treffen, wo es Sinn macht, das heißt, möglichst nahe an den betroffenen Menschen.</p>	<p>wirksame Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips;</p> <p>gleichberechtigte Entscheidung des Europäischen Parlaments mit dem Europäischen Rat;</p> <p>direkte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am europäischen Entscheidungsprozess.</p>	<p>Stärkung der Rechte des Europaparlaments gegenüber Kommission und Ministerrat;</p> <p>Entscheidungsprozesse müssen durchschaubarer, Arbeitsabläufe insgesamt effektiver werden;</p> <p>Doppelstandort Brüssel/Straßburg ist uneffektiv und teuer, Einigung auf einen Standort ist überfällig.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Außen- und Sicherheitspolitik	<p><u>Forderungen:</u> gemeinsame Sicherheitsstrategie, die auch die Energie- und Rohstoffsicherheit umfasst;</p> <p>Reformvertrag von Lissabon muss in Kraft treten;</p> <p>Einsetzung eines europäischen "Außenministers", diese Rolle wird zukünftig der Hohe Beauftragte für die gemeinsame Außenpolitik wahrnehmen;</p> <p>im Rahmen der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft Handelshemmnisse abbauen und langfristig einen transatlantischen Markt schaffen;</p> <p>eine umfassende, auf den Werten des Europarates und der OSZE basierende Partnerschaft mit Russland anstreben;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Identität Europas als globale Friedensmacht weiter stärken;</p> <p>erneuerte transatlantische Agenda, die Themen wie Klimaschutz, Energiesicherheit und Abrüstung ins Zentrum rückt;</p> <p>Einbindung Russlands in eine strategische Partnerschaft;</p> <p>EU muss neben den notwendigen militärischen Ressourcen vor allem auch über wirksame zivile Mittel der Krisenprävention und Friedensstabilisierung verfügen;</p> <p>europäische Armee als langfristiges Ziel;</p> <p>Impuls für eine neue Entspannungspolitik, langfristiges Ziel eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> aktives Eintreten der EU für Menschenrechte und Demokratie;</p> <p>Stärkung der europäischen Rolle in internationalen Organisationen durch bessere Koordinierung der Mitgliedsstaaten;</p> <p>neue Initiativen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle;</p> <p>Aufbau eines Europäischen Auswärtigen Dienstes;</p> <p>klare Zuständigkeitsaufteilung zwischen dem Hohen Beauftragten für die GASP und dem Präsidenten des Europäischen Rates;</p> <p>langfristig einen europäischen Sitz als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Politik für Schutz der Menschenrechte, internationale Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit, Gewaltfreiheit, Abrüstung und Stärkung des internationalen Rechts;</p> <p>EU als Zivilmacht stärken und eine aktive Rolle geben für eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung;</p> <p>EU als Anwältin für weltweiten Frieden und Menschenrechte, für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung;</p> <p>Aufbau einer Friedensagentur;</p> <p>wie im EU Vertrag vorgesehen Beitrittsperspektive für alle europäischen Staaten ;</p> <p>Osteuropa durch eine differenzierte europ. Nachbarschaftspolitik stärken;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> begonnene Militarisierung der EU stoppen, stattdessen Politik umfassender ziviler Prävention und wirkliche Sicherheitspolitik;</p> <p>europäische Verteidigungsagentur durch Abrüstungsagentur ersetzen;</p> <p>gegen US-Raketenstationierung in Europa;</p> <p>gegen weitere Ausdehnung der NATO;</p> <p>Beendigung militärischer Auslandseinsätze im Rahmen GASP;</p> <p>europäischer Abrüstungspakt mit Verpflichtung zur wirksamen Abrüstung;</p> <p>Auflösung von NATO und EU-Interventionsstreitkräften , Schließung aller US Militärbasen in den EU-Staaten;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	Keine Ausführungen

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Außen- und Sicherheitspolitik (Forts.)	<p>Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Europäischen Union ausbauen.</p> <p>Bekenntnis zur europäischen Verteidigung einschließlich einer politischen und militärischen Beistandspflicht ergänzend zur NATO;</p> <p>Europäische Union muss über Möglichkeiten eigenen militärischen Handelns verfügen können;</p> <p>gemeinsame europäische Streitkräfte als Fernziel.</p>	<p>gezielte Weiterentwicklung der europäischen Nachbarschaftspolitik;</p> <p>Festhalten am Ziel eines EU Beitritts der Türkei, und an der Beitrittsperspektive für die Staaten des westlichen Balkans.</p>	<p>gemeinsame europäische Strategie zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung;</p> <p>Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im Rahmen GASP bei gleichzeitiger Verstärkung der Mitwirkungs- und Kontrollrechte des EP;</p> <p>Etablierung und Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der Nato;</p> <p>Aufbau gemeinsamer europäischer Streitkräfte unter gemeinsamem Oberbefehl;</p> <p>europäische Entwicklungszusammenarbeit mit der Einhaltung der Menschenrechte und Guter Regierungsführung in den Empfängerländern verknüpfen;</p> <p>Überführung des europäischen Entwicklungsfonds in den EU-Haushalt.</p>	<p>EU muss die treibende Kraft bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der VN und zum Wegbereiter eines kooperativen Multilateralismus werden, der aktiv zu einer Stärkung der Menschenrechte beiträgt;</p> <p>Vorrang für Krisenprävention und zivile Konfliktbewältigung in der gemeinschaftlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik;</p> <p>für Mehrheitsentscheidungen in der GASP;</p> <p>Verantwortung für den westlichen Balkan, Türkei auf dem Weg in die EU unterstützen, Zypern wiedervereinigen, Mittelmeerunion für die Partnerschaft mit dem Süden nutzen, Kooperation insbesondere mit jenen Ländern vertiefen, bei denen es positive Entwicklungen bei gesellschaftlichen Reformen und der Wahrung der Menschenrechte gibt.</p>	<p>Ablehnung aller Kriegseinsätze, auch mit UN-Mandat;</p> <p>Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum;</p> <p>Fortsetzung der EU-Erweiterung;</p> <p>Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba.</p>	

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
EU-Haushalt	<p><u>Forderungen:</u> Stabilität des Euro wahren;</p> <p>Wesentliche Voraussetzung bleibt dauerhafte Einhaltung der Konvergenzkriterien;</p> <p>nachhaltige Haushaltspolitik als Voraussetzung für stabiles Wirtschaftswachstum und für notwendige Investitionen in Bildung und zukunftssträchtige Technologien;</p> <p>Einsatz der Finanzmittel der Europäischen Union gezielter, effizienter und zukunftsorientierter gestalten;</p> <p>Finanzierungssystem muss grundlegend und entsprechend der Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedstaaten reformiert werden;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> zukunftsgerichteter Haushalt der EU mit besonderem Gewicht auf Innovation, Forschung und Entwicklung;</p> <p>Neuausrichtung des EU-Haushaltes mit Wahrung der Interessen Deutschlands und fairem Lastenausgleich zwischen den EU Mitgliedstaaten;</p> <p>weniger Zuweisungen aus den nationalen Haushalten und langfristiger Aufbau einer eigenen Einnahmequelle;</p> <p>weiteres Zurückfahren der europäischen Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik und Einsatz der frei werdenden Mittel konsequent für Zukunftsinvestitionen.</p>	<p><u>Forderungen:</u> gerechtes, einfaches, transparentes, verlässliches und nachhaltiges Einnahmen- und Ausgabensystem der EU;</p> <p>Finanzierung des EU Haushalts ausschließlich aus traditionellen Eigenmitteln (Zölle) und Abführungen auf Grundlage der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten;</p> <p>Abschaffung der Mehrwertsteuereigenmittel;</p> <p>Verzicht auf eine EU-Steuer in jedweder Form;</p> <p>Festhalten am Verschuldungsverbot der EU;</p> <p>Konzentration der EU-Regionalpolitik auf die wirklich bedürftigen Regionen nach dem Prinzip "Hilfe zur Selbsthilfe";</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> EU Haushalt mittelfristig aus dem Aufkommen von europaweiten Steuern finanzieren;</p> <p>Finanztransaktionssteuer für eine direkte Finanzierung der EU durch Finanzunternehmen, die besonders stark vom europäischen Markt profitieren;</p> <p>europäische Kerosinbesteuerung als Einnahmequelle;</p> <p>Ausgaben in Klimaschutz, in die ländlichen Räume, Forschung und Bildung umlenken;</p> <p>alle Ausgaben auf ihre positiven ökologischen und sozialen Effekte ausrichten;</p> <p>EU-Mittel sollen Geschlechterparitätisch vergeben werden;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Verknüpfungen der Erhöhung von EU Mitteln mit Veränderungen der Ausgaben-Prioritäten;</p> <p>Aufstockung der Mittel für Bekämpfung von Armut, Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit, sozial-ökologischen Umbau und Regional- und Strukturpolitik;</p> <p>Einsparungen bei Rüstungsausgaben und Geldern für militärische Missionen;</p> <p>grundlegende Reform des Systems der Eigenmittel der EU;</p> <p>deutlich größere Beteiligung von Großunternehmen und Banken an der EU Finanzierung;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	keine Ausführungen

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
EU-Haushalt (Forts.)	<p>keine eigenen Kompetenzen zur Steuererhebung oder zur öffentlichen Kreditaufnahme für die Europäische Union;</p> <p>wirksame Bekämpfung der missbräuchlichen Verwendung von EU Mitteln;</p> <p>konsequente Ahndung von Korruption;</p> <p>Stärkung der Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission sowie des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und des Europäischen Rechnungshofes.</p>		<p>keine Dauersubventionierungen mehr;</p> <p>Umstellung der gesamten Agrarförderung auf nationale Finanzierung (50: 50);</p> <p>stufenweise Reduzierung der Direktzahlungen ab 2014;</p> <p>volle Sicherstellung einer lückenlosen und wirksamen Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben der EU;</p> <p>nationale Zuverlässigkeitserklärungen der Finanzminister in den Mitgliedstaaten für alle verwendeten EU-Gelder;</p> <p>Stärkung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) sowie der Stellung des Präsidenten des Europäischen Rechnungshofes.</p>	<p>Gender Budgeting (geschlechtergerechtes Finanzhaushalten) zum festen und selbstverständlichen Bestandteil des Haushaltes machen.</p>	<p>Koordinierung der nationalen Steuerpolitiken, Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern, Festlegung eines EU-weiten Mindeststeuersatzes für Unternehmensgewinne in angemessener Höhe;</p> <p>entschiedenes Vorgehen gegen Steuerparadiese innerhalb und außerhalb der EU.</p>	

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Wirtschaft / Arbeitsplätze	<p><u>Forderungen:</u> soziale Marktwirtschaft global verankern;</p> <p>gerechten Ordnungsrahmen für die globalisierte Wirtschaft durchsetzen und die EU für die Wahrnehmung dieser wichtigen Zukunftsaufgabe weiter stärken;</p> <p>Handlungsfähigkeit, Transparenz und Effizienz der internationalen Organisationen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Welthandelsorganisation verbessern;</p> <p>vergleichbare und faire internationale Wettbewerbsbedingungen;</p> <p>für ein Europa einsetzen, das bei der internationalen Durchsetzung der Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft eine Vorreiterrolle übernimmt;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> europäischer Zukunftspakt für Arbeit: Überprüfung aller europäischen Programme, wie kurzfristig Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten beziehungsweise neu geschaffen werden können;</p> <p>rasche Umsetzung europäisch geförderter Investitionsvorhaben;</p> <p>Nutzung der Möglichkeiten des Europäischen Sozialfonds zur schnelleren Eingliederung in den Arbeitsmarkt und zur Qualifizierung;</p> <p>weiterer Ausbau des europäischen Binnenmarktes und Abbau bürokratischer Lasten für die europäischen Unternehmen;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Vollendung des Binnenmarkts für das einundzwanzigste Jahrhundert ;</p> <p>klares Bekenntnis zum freien und unverfälschten Wettbewerb in der EU;</p> <p>weitere Liberalisierung der Märkte und Abbau noch bestehender Beschränkungen;</p> <p>weitere Liberalisierung des Dienstleistungssektors;</p> <p>weniger Regulierung, mehr Wettbewerbssicherung;</p> <p>Wettbewerb in der Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik;</p> <p>eine konsolidierte Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> effektiven Ordnungsrahmen für die globale Wirtschaft schaffen, der die Märkte in den Dienst sozialer und ökologischer Entwicklungen stellt;</p> <p>grundlegende Strukturveränderungen im Finanzsystem; mittelfristiges Ziel, eine europäische und internationale Finanzarchitektur zu schaffen, die Kapitalströme in langfristige, soziale, ressourcenschonende und ökologisch ausgerichtete Investitionen lenkt;</p> <p>globales Währungssystem reformieren: Diskussion darüber führen, ob nicht ein System stabilisierter Wechselkurse vorteilhaft wäre;</p> <p>für eine stärkere und vor allem eine bessere Wirtschaftscoordination auf europäischer Ebene;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> neue, integrierte EU-Strategie für Solidarität, nachhaltige Entwicklung und soziale Integration;</p> <p>verbindliche Standards in Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik;</p> <p>Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs, internationale Vereinbarungen für realistische und stabile Wechselkurse;</p> <p>EU-weit und national Auflegung langfristiger ökologisch- solidarischer Zukunftsinvestitionsprogramme mit 2% des BIP;</p> <p>Überführung von Netzinfrastrukturen und bedeutenden Unternehmen in öffentliches Eigentum.</p> <p>Umwandlung bestehender prekärer in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass regionale, dezentrale Wirtschaftsstrukturen erhalten werden oder wieder entstehen können;</p> <p>öffentliche Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung, Klärwerke, Bauhöfe, Krankenhäuser, Personennahverkehr ist in öffentlicher Hand in der Regel besser aufgehoben als in den Händen gewinnorientierter Investoren;</p> <p>Ablehnung von Versuchen, die öffentliche Daseinsvorsorge unter dem Vorwand eines besseren Wettbewerbs zu privatisieren;</p> <p><u>Forts. è</u></p>

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Wirtschaft / Arbeitsplätze (Forts.)	<p>international abgestimmte Wettbewerbsordnung; Durchsetzung weltweiter Standards zum Schutz des geistigen Eigentums.</p>	<p>Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen sowie des Handwerks in Europa;</p> <p>Statut für europäische Privatgesellschaften als weiter vereinfachte rechtliche Rahmenbedingungen;</p> <p>europäisches Kreditprogramm für kleine und mittlere Unternehmen.</p>	<p>eine unabhängige Geldpolitik und uneingeschränktes Festhalten an Verpflichtung der EZB auf Preisstabilität;</p> <p>eine einheitliche EU-weite Bankenaufsicht, die bei der EZB anzusiedeln ist;</p> <p>eine deutlich verstärkte und effektivere Zusammenarbeit der nationalen Finanzaufsichten im globalen Rahmen;</p> <p>Stärkung des Internationalen Währungsfonds und der Banken für Internationalen Zahlungsausgleich;</p> <p>robustes und krisensicheres Finanzmarktsystem.</p>	<p>Sozialpakt für Europa, der die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in der EU verbessert;</p> <p>gesetzlichen Mindestlohn einführen;</p> <p>Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen festschreiben und vereinfachen;</p> <p>Belassenen der Höchstarbeitszeit auf durchschnittlich 48 Stunden, Ablehnung einer Erhöhung;</p> <p>Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten zu einer hohen Frauenbeschäftigungsquote und Koppelung an wirksame Sanktionsmöglichkeiten;</p> <p>Richtlinie zur Bekämpfung der Schwarzarbeit;</p> <p>Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit sofort beenden.</p>	<p>Abschaffung von Niedriglohnarbeit, befristeter und anderer unsicherer Beschäftigungsverhältnisse;</p> <p>Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.</p>	<p>das EU- Subventions- und Fördertopfwesen muss dringend überdacht und reduziert werden;</p> <p>europaweit ist eine schrittweise Harmonisierung der Steuersätze anzustreben, um Standortverlagerungen, Wohnsitzwechsel usw. aufgrund steuerlicher Gründe zu reduzieren.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Soziales	<p><u>Forderungen:</u> nach außen und innen gefestigtes Europa sorgt für den Schutz gemeinsamer sozialer Mindeststandards;</p> <p>Ablehnung einer vollständigen Harmonisierung der Sozialpolitik auf europäischer Ebene;</p> <p>Integrationsprozess muss insbesondere in den Grenzregionen der neuen Bundesländer durch verstärkte Investitionen in die Infrastruktur weiter unterstützt werden;</p> <p>Übergangsregelungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit schützen den Arbeitsmarkt und sorgen für ein sozialverträgliches Zusammenwachsen in Europa;</p> <p>Wachstumskräfte in der EU stärken;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Sozialstaatlichkeit progressiv weiterentwickeln;</p> <p>Einrichtung einer Europäischen Sozialunion mit gleichem Rang wie die Wirtschafts- und Währungsunion;</p> <p>Aufnahme einer sozialen Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht;</p> <p>Verbesserung und Erweiterung der EU-Entsenderichtlinie;</p> <p>Konkretisierungen und Erweiterungen der Zulässigkeit ökologischer und sozialer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im EU-Vergaberecht;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> soziales Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage;</p> <p>Sozialpolitik nah am Menschen;</p> <p>Verantwortung für soziale Reformen bei den Mitgliedstaaten;</p> <p>fairer Wettbewerb der Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme;</p> <p>gegenseitiges voneinander Lernen innerhalb der Europäischen Union mit maßgeschneiderten Konzepten, die unterschiedliche Realitäten innerhalb der EU widerspiegeln;</p> <p>Programme zur europaweiten Förderung von Projekten, die zu Vielfalt und Toleranz beitragen;</p> <p>Innovations- und Bildungsförderung statt strukturerhaltender Subventionen;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> europäischer Sozialpakt für eine Politik, die dazu beiträgt, die bestehende wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten zu überwinden;</p> <p>als zentraler Baustein ein Reformvertrag, der die sozialen Rechte und die Daseinsvorsorge stärkt und soziale Grundrechte in der Grundrechtecharta festschreibt;</p> <p>konsequent sozialpolitische Ausrichtung der Lissabon-Strategie, Stärkung des sozialen, ökonomischen und territorialen Zusammenhalts sowie Neuausrichtung der Strukturfonds;</p> <p>Verankerungen eines Bekenntnisses zum sozialen Schutz und für soziale Grundrechte im Binnenmarktrecht;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> europäische Wirtschaftsregierung, die auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und nachhaltiges Wirtschaften orientiert ist;</p> <p>Wiederherstellung, Bewahrung und Weiterentwicklung des Sozialstaates;</p> <p>gemeinsame soziale und kulturelle Mindeststandards als bindende Ziele der EU;</p> <p>europäischer Pakt zur Beseitigung der Armut: in fünf Jahren kein Mensch in Europa mehr unterhalb der Armutsgrenze von 60% des Durchschnittseinkommens (bei Verfehlen treten Sanktionen in Kraft)</p> <p>Zukunftsinvestitionsprogramm unter anderem für Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge,</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Gewinnmaximierung darf nicht zu Sozialdumping führen. Soziale Sicherheit und eine funktionierende Gesundheitsversorgung sind Voraussetzung für innere Sicherheit und Zufriedenheit der Bevölkerung. Gezielte Hilfen zur wirtschaftlichen Entwicklung können viel menschliches Leid verhindern.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Soziales (Forts.)	<p>Klare Absage an unnötige Regulierungen für Industrie, KMU, Handwerk und die Freien Berufe;</p> <p>Einsatz für Lohngleichheit, eine ausgewogene Präsenz von Frauen in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft sowie für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.</p>	<p>sozialer Stabilitätspakt mit gemeinsamen europäischen Zielen und Vorgaben für die nationalen Sozial- und Bildungsausgaben, gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der EU-Staaten;</p> <p>systematische soziale Gesetzesfolgenabschätzung für alle Rechtsakte der Europäischen Union;</p> <p>Aktive Gleichstellungspolitik;</p> <p>Aber: keine Harmonisierung der Sozialsysteme.</p>	<p>Umwidmung des Globalisierungsfonds zu Mitteln für Forschung und Entwicklung.</p>	<p>soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards auf europ. Ebene sichern und ausbauen;</p> <p>Chancengleichheit herstellen und Diskriminierung bekämpfen: 5. Anti-Diskriminierungsrichtlinie</p> <p>durch Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und Betreuung von Anfang an Familie und Beruf besser vereinbaren;</p> <p>Einführung der Europäischen Sozialkarte, die den Zugang zu Sozialversicherungsansprüchen erleichtert;</p> <p>gleichwertigen und fairen Zugang für alle zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung vor Ort;</p> <p>europäische Arbeitslosenversicherung;</p> <p>Europäischen Sozialfonds weiterentwickeln und europäische Beschäftigungspolitik zielgerichtet einsetzen.</p>	<p>gesellschaftliche Infrastruktur, Bildung, Soziales, Kultur und medizinische Versorgung;</p> <p>europäisches, solidarisch finanziertes, umfangreiches Investitionsprogramm unter anderem für einen sozialen Schutzschirm für alle Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentner in Mittel- und Osteuropa.</p>	

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Agrarpolitik	<p><u>Forderungen:</u> wirksamer Verbraucher-, Natur- und Tierschutz, der das Vertrauen der Verbraucher in die Lebensmittelproduktion sichert;</p> <p>einheitliche strenge Standards und gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa;</p> <p>europäische Landwirtschaftspolitik, die verlässliche Rahmenbedingungen für die Betriebe schafft und das europäische Modell einer multifunktionalen Landwirtschaft sichert;</p> <p>auf internationaler Ebene faire Wettbewerbsbedingungen, die auch die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigen;</p> <p>Nutzung von neuen Möglichkeiten von Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> weitere Zurückführung der europäischen Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik und konsequenter Einsatz der freiwerdenden Mittel für Zukunftsinvestitionen;</p> <p>umfassende EU-Klimaschutzrichtlinie mit ambitionierten Zielen und Maßnahmen unter anderem in der Landwirtschaft;</p> <p>im Hinblick auf den ländlichen Raum muss die Förderung der regionalen Entwicklung strukturschwacher ländlicher Gebiete gegenüber der reinen Landwirtschaftsförderung stärkeres Gewicht als bisher erhalten;</p> <p>Förderung nachhaltiger naturverträglicher Landwirtschaft gerade auch in den Entwicklungsländern.</p>	<p><u>Forderungen:</u> weitere marktwirtschaftliche Stärkung der Eigentumsrechte landwirtschaftlicher Unternehmer;</p> <p>Umstellung der gesamten Agrarförderung auf nationale Finanzierung (50: 50);</p> <p>Ausrichtung der GAP an den Kriterien der Nachhaltigkeit der Produktion und der größtmöglichen Effizienz im Sinne des Klimaschutzes;</p> <p>Sicherung der Direktzahlungen der Ersten Säule bis 2013 aus Gründen der Planungssicherheit und Verlässlichkeit;</p> <p>umfassender Bürokratieabbau und deutliche Vereinfachungen, besonders im Bereich der cross compliance;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Umbau von einer agrarindustriellen zu einer nachhaltigen Ernährungswirtschaft und einem vernünftigen Agrarhaushalt;</p> <p>für eine zukunftsfähige europäische Agrarpolitik, die auf einer nachhaltigen Wirtschafts- und Ernährungsweise basiert, also einen Ausstieg aus der alten Subventionslogik;</p> <p>mehr demokratische Rechte und mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten in der europäischen Agrarpolitik;</p> <p>EU-Tierschutzgesetzgebung konsequent vorantreiben;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Recht auf Nahrung mit ökologischer Verantwortung umsetzen;</p> <p>kostendeckende Erzeugerpreise und für alle sozialen Schichten bezahlbare Verbraucherpreise;</p> <p>Sicherung von Beschäftigung und Wertschöpfung in den ländlichen Regionen;</p> <p>deutliche Stärkung der Stellung der Landwirte an Markt, Begrenzung der Marktmacht der Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten;</p> <p>Ausrichtung der notwendigen Beihilfen auf nachhaltige Landnutzungskonzepte und existenzsichernde Arbeitsplätze;</p> <p>Gewährleistung der Förderung des ökologischen Landbaus;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Rücknahme der Erhöhung der Milchquote vor dem Hintergrund von Überproduktion und Preisverfall im Milchbereich;</p> <p>Ziel der Agrarpolitik muss eine möglichst mittelständisch geprägte Landwirtschaft sein, nicht Agrarfabriken oder Ackerflächen in den Händen von Großinvestoren;</p> <p>Einsatz der grünen Gentechnik in der Landwirtschaft ist aus derzeitiger Sicht abzulehnen;</p> <p>europäische Landwirtschaft muss die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln sicherstellen;</p> <p><u>Forts. è</u></p>

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Agrarpolitik (Forts.)	<p>den Weg der Marktorientierung weitergehen;</p> <p>auf Direktzahlungen, auf die insbesondere benachteiligte Regionen angewiesen sind, kann nicht verzichtet werden;</p> <p>Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Milchbauern durch den Milchfonds.</p>		<p>1:1-Umsetzung der europäischen Richtlinien anstelle nationalen Draufsatteln und besonders scharfer nationaler Auslegung;</p> <p>Ausstieg aus der Milchquote zum 31.3.2015 inklusive adäquater Maßnahmen zur Vorbereitung des Ausstiegs;</p> <p>Abschaffung von nicht fachgerecht begründeten Innovationsblockaden im Umgang mit der Grünen Gentechnik;</p> <p>Ausstieg aus den Exportsubventionen und aus produktabhängigen Stützungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik;</p> <p>vollständige Umsetzung des FDP-Modells der Kulturlandschaftsprämie.</p>	<p>bessere Kohärenz der Förderung mit den internationalen Abkommen wie dem "Menschenrecht auf Nahrung", den Millenniumsentwicklungszielen, den Klimaschutzzielen, dem Kyoto-Protokoll, den Biodiversitätsabkommen und den Abkommen der Welt handelsorganisation;</p> <p>Abschaffung aller Exportsubventionen.</p>	<p>Unterbindung von Konzentration von Bodeneigentum und Spekulationen auf dem Rohstoffmarkt, Abschaffung von Exportsubventionen;</p> <p>Reduktion der Eiweißfutterimporte in die EU;</p> <p>Ablehnung des Anbaus von genmodifizierten Pflanzen und der Patentierung von Genen und in der Natur vorkommenden Substanzen;</p> <p>Verbot von Tierpatenten und gentechnischen Eingriffen in das Erbgut von landwirtschaftlichen Nutztieren.</p>	<p>Umwelt und Verbraucherschutz sowie der Schutz von Natur und Kulturlandschaft muss selbstverständliches Ziel der EU-Politik sein und darf nicht zum Wettbewerbsnachteil werden.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Verbraucherschutz	<p><u>Forderungen:</u> überflüssige Bürokratie vermeiden; Abbau von 25% der Verwaltungslasten als ein erster erreichbarer Schritt;</p> <p>Einrichtung eines europäischen Normenkontrollrats;</p> <p>Unterstützung der Expertengruppe für den Bürokratieabbau;</p> <p>Umsetzung der europäischen Regeln zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen in allen Mitgliedstaaten;</p> <p>vergleichbares Verbraucherrecht in der EU, Schließung vorhandener Lücken;</p> <p>weitere Harmonisierung von technischen Regelungen und Widerrufs-, Gewährleistung- und Informationspflichten;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher in einem weiter wachsenden europäischen Binnenmarkt stärken;</p> <p>hohe Qualitätsstandards bei Produkten, Transparenz und verbesserte Verbraucherinformation sowie gestärkte Rechtsstellung der europäischen Verbraucher;</p> <p>Weitere Harmonisierung des europäischen Verbraucherschutzrechts darf nicht dazu führen, dass weit gehende und bewährte nationale Rechte und Schutzstandards unterlaufen werden.</p>	<p><u>Forderungen:</u> Verbraucherpolitik, die von einem mündigen Bürger ausgeht;</p> <p>Stärkung der Verbraucherinformation und Verbraucherbildung;</p> <p>funktionierender Verbraucherschutz im Binnenmarkt;</p> <p>Vereinheitlichung der europäischen Verbraucherschutzvorschriften in den Kernbereichen (Fristen, Widerrufsrechte, Belehrungspflichten);</p> <p>Verzicht auf weitere Werbeverbote;</p> <p>Stärkung der Arbeit der Verbraucherzentralen;</p> <p>Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher bei unerlaubter Telefonwerbung.</p>	<p><u>Forderungen:</u> Verbraucherrechte als eine neue Generation der Bürgerrechte stärken und ausbauen;</p> <p>Verbraucherpolitik als Sozialpolitik: Verbraucherinnen und Verbraucher vor ungerechtfertigt steigenden Kosten schützen;</p> <p>Richtlinie für Verbraucherinformation einführen, Sammelklagen europaweit möglich machen;</p> <p>europäisches Nachhaltigkeitssiegel einführen;</p> <p>Ablehnung von Gentechnik und Chemie auf dem Teller;</p> <p>Kennzeichnung gesunder Ernährung in den Ampelfarben;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> (siehe auch "Agrarpolitik")</p> <p>EU-weiter Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher auf hohem Niveau;</p> <p>Erweiterung von Informations-, Kontroll- und Klagerechten der Konsumentinnen und Konsumenten;</p> <p>zügige Weiterentwicklung der europäischen Chemikalienverordnung REACH.</p>	<p><u>Forderungen:</u> Vorschriftenfülle muss dringend reduziert werden;</p> <p>der Versuch, sich europaweit in alles einzumischen und gleichzumachen, muss aufgegeben werden.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Verbraucherschutz (Forts.)	<p>EU Regeln müssen flexibel bleiben, bewährtes deutsches Verbraucherrecht und Schutzniveau dürfen nicht unterlaufen werden.</p>			<p>europäisches Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Lebensmittel verändern,</p> <p>unabhängige Risikoforschung stärken, ökologischen Sachverstand sowie sozioökonomische Risiken der Agro-Gentechnik einbeziehen;</p> <p>Kundendaten besser schützen.</p>		

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Freiheit, Sicherheit, Recht	<p><u>Forderungen:</u> Innere Sicherheit gewährleisten: Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich stärken;</p> <p>Informationsaustausch und ein einheitlich hohes Niveau des Datenschutzes in Europa müssen Hand in Hand gehen;</p> <p>Europa kann besser als einzelne Staaten Missbrauch des Internets bekämpfen und zur Eindämmung illegaler Internetinhalte, beispielsweise der Verbreitung von Kinderpornographie über das Netz, beitragen;</p> <p>Integration fördern - Zuwanderung steuern: durch Partnerschaften mit den Herkunfts- und Transitländern die Fluchtursachen vor Ort bekämpfen;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> ehrgeiziges neues Programm zur weiteren Verwirklichung eines gemeinsamen europäischen Raumes der Freiheit, Sicherheit und des Rechts:</p> <p>EU- Grundrechtscharta muss endlich rechtliche Verbindlichkeit erlangen;</p> <p>Aktive Menschenrechtspolitik der EU nach außen, die politikfeldübergreifend als integraler Bestandteil der europäischen Außenpolitik zu verankern ist;</p> <p>deutliche Stärkung der EU Rechtsvorschriften zur Förderung zentraler Grundrechte;</p> <p>europaweit verbesserter Datenschutz, Mindestmaß an Sicherung von Strafverfahrensrechten in allen EU-Mitgliedstaaten;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> bedingungslose Verbindlichkeit der EU- Grundrechtscharta in allen EU-Mitgliedstaaten;</p> <p>schnellstmöglicher Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention;</p> <p>verbindliche Festschreibung europaweiter Mindeststandards für Beschuldigte im Strafverfahren mindestens auf dem Niveau der Europäischen Menschenrechtskonvention;</p> <p>wirksamer Datenschutz in allen europäischen Rechtsgebieten;</p> <p>Rücknahme der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung und Überarbeitung des Fluggastdaten-Abkommens mit den USA;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Einführung europäischer Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und EU-weiter Referenden;</p> <p>Wahlrecht ausweiten: Allen Unionsbürgern dort wo sie leben, Wahlrecht geben; auf regionaler und nationaler Ebene, wenn sie seit mehr als 5 Jahren dort leben;</p> <p>auch nicht EU Staatsbürger sollen nach max. 5 Jahren das Recht erhalten, die Staatsangehörigkeit des jeweiligen EU Staates annehmen zu können;</p> <p>konseq. Durchsetzung des Grundrechts auf Asyl auf europäischer Ebene, Aufstockung der Mittel des europäischen Flüchtlingsfonds, Überarbeitung der EU-Abschiebehaftpflichtlinie ;</p> <p>europaweite Trennung von Polizei und Militär & enge Zusammenarbeit mit der vorgeschl. Friedensagentur;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Harmonisierung rechtsstaatlicher Standards auf hohem Niveau;</p> <p>umfassende Geltung für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung besonders gegenüber EUROPOL und EUROJUST;</p> <p>Abschaffung der Grenzschutzagentur FRONTEX;</p> <p>humanitäre Flüchtlingspolitik sowie eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Unterentwicklung als Ursachen von Flucht;</p> <p>gegen die Beschneidung von Freiheitsrechten einzelner im Namen des "internationalen Kampfes gegen den Terrorismus";</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> die organisierte grenzüberschreitende Kriminalität muss wirkungsvoller und entschlossener bekämpft werden;</p> <p>Zeugenschutzprogramme müssen schnellstens entwickelt werden, um den Menschenhandel als Skandal des einundzwanzigsten Jahrhunderts einzudämmen.</p>

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Freiheit. Sicherheit. Recht (Forts.)	<p>eine Verknüpfung von Migration und Integration ist dabei zwingend notwendig;</p> <p>Menschen, die sich nicht rechtmäßig bei uns aufhalten, müssen grundsätzlich in ihrer Herkunftsländer zurückkehren;</p> <p>Verantwortung für Entscheidungen, die den nationalen Arbeitsmarkt betreffen, müssen auch weiterhin bei den einzelnen Mitgliedsstaaten bleiben;</p> <p>Innere und äußere Sicherheit vernetzen: Standards an den Grenzen, in der Polizeizusammenarbeit, der Drogenbekämpfung sowie der Visum- und Migrationspolitik möglichst weit annähern;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p>Erleichterung und Förderung der Ausübung der aus der EU- Unionsbürgerschaft erwachsenden Rechte;</p> <p>Terrorismus und organisierte Kriminalität europäisch bekämpfen: weitere Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit, weitere Stärkung von EUROPOL in seinen Befugnissen;</p> <p>Erleichterung des Informationsaustauschs zwischen den Polizei- und Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten, bessere Koordinierung der Strafverfolgungsbehörden;</p> <p>Gemeinsame und integrierte europäische Einwanderungs- und Asylpolitik: deutlich attraktivere Angebote zu einer Arbeitsaufnahme in Europa für hoch qualifizierte Migrantinnen und Migranten;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p>Sicherung der Grundrechte und der rechtsstaatlichen Grundsätze bei der Terrorismusbekämpfung;</p> <p>Recht der Streitparteien bei allen Rechtsinstrumenten des Internationalen Privatrechts- auch im Familienrecht- das international zuständige Gericht und das anzuwendende Recht selbst zu wählen;</p> <p>Entwicklung eines umfassenden europäischen Konzepts gegen den Menschenhandel;</p> <p>Entwicklung einer gemeinsamen Asyl und Einwanderungspolitik;</p> <p>effektiver gemeinsamer europäischer Grenzschutz unter strikter Einhaltung des Datenschutzes, der europäischen Menschenrechtskonvention sowie des Völkerrechts;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p>Schaffung einer Einwanderungspolitik in der EU, die Einwanderung gestaltet, das Asylrecht schützt und Integration fördert;</p> <p>Erweiterung der Möglichkeiten zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben für die auf Dauer in der EU lebenden Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge;</p> <p>Amnestien für Illegalisierte;</p> <p>Weiterentwicklung des europäischen Antidiskriminierungsrechts:</p> <p>Verteidigung der Religionsfreiheit und der Freiheit, unter dem Dach des Grundgesetzes die eigene Kultur zu leben, gegen die Protagonisten einer "Leitkultur";</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p>Ablehnung biometrisch aufbereiteter Fotos, Fingerabdrücke, Vorratsdatenspeicherung, Datenweitergabe;</p> <p>Volle parlamentarischer Kontrolle über EUROPOL und EUROJUST;</p> <p>Ablehnung der gegenwärtigen gemeinschaftlichen EU- Asyl- und Migrationspolitik;</p> <p>Volle und gleiche Rechte für "Menschen ohne Papiere";</p> <p>europaweit einheitliche Standards zum Schutz von Kindern.</p>	

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Freiheit, Sicherheit, Recht (Forts.)	<p>Hinarbeiten auf einen völkerrechtlichen Rahmen, der bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus ausreichend Gewähr für ein wirksames und rechtlich eindeutiges Vorgehen bietet;</p> <p>den europäischen Rechtsraum gestalten: Angleichung der Rechtsordnungen im Zivilrecht ist Voraussetzung für einen funktionierenden, starken Binnenmarkt;</p> <p>europäische Antidiskriminierungspolitik darf nicht zur Aushöhlung der Vertragsfreiheit als Grundlage unserer Zivilrechtsordnung und zu mehr Bürokratie führen;</p> <p>verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Strafverfolgung.</p>	<p>verstärkte und besser koordinierte Anstrengungen der EU-Mitgliedsstaaten in der Integrationspolitik;</p> <p>präventive Vermeidung der illegalen und irregulären Migration hat stets Vorrang vor Abschiebungsmaßnahmen;</p> <p>Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur;</p> <p>Ausweitung und Anhebung der gemeinsamen Rechtsstandards in der Asylpolitik, weitere Stärkung der Regeln im Bereich der humanitären Hilfe und des Flüchtlingsschutzes und verbesserte Zusammenarbeit der nationalen Asylbehörden.</p>	<p>Ausbau der Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente in der europäischen Innen- und Justizpolitik;</p> <p>Garantie voller gerichtlicher Überprüfbarkeit aller gesetzgeberischen Maßnahmen der EU durch den Europäischen Gerichtshof.</p>	<p>Gleichberechtigung für alle Frauen in Europa herstellen: gesetzliche Maßnahmen zur Lohngerechtigkeit, effektive Quotenregelungen, gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Positionen innerhalb der EU-Gremien;</p> <p>Gleichberechtigung für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in Europa herstellen;</p> <p>EUROPOL demokratisch kontrollieren, EUROJUST besser koordinieren und Steueroasen austrocknen, eine europäische Strafverteidigung aufbauen;</p> <p>Datenschutzstandards europäisch und international institutionell absichern;</p> <p>Einführung eines europäischen Datenschutzsiegels.</p>		

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Umwelt, Klima, Energie	<p><u>Forderungen:</u> Umsetzung der ehrgeizigen Ziele: Reduktion der klimaschädlichen Emissionen bis 2020 um 20%, Erhöhung der Energieeffizienz um 20%, Ausbau des Anteils alternativer Energien auf 20%.</p> <p>Emissionshandelsystem zu einem globalen System weiterentwickeln: für Staaten und Handelssysteme außerhalb der Europäischen Union öffnen und Vernetzung mit den weltweit bereits existierenden bzw. geplanten Emissionshandelsystemen erreichen.</p> <p>Energie immer effizienter nutzen, erneuerbare Energien verstärkt einsetzen und Arbeitsplätze im Bereich von Energieforschung und -technologie erhalten und schaffen;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Integrierte Klimaschutz- und Energiepolitik als Antwort auf den Klimawandel;</p> <p>deutsche und europäische Technologieführerschaft in den Bereichen Energie Effizienz und erneuerbare Energien weiter ausbauen;</p> <p>Export von innovativen Umwelttechnologien in andere Regionen der Welt;</p> <p>Anstoß zu einer ökologischen Industriepolitik auf europäischer Ebene, die systematisch energie- und ressourcenschonende Umwelttechnologien fördert;</p> <p>Weiterentwicklung gemeinsamer Energieaußenpolitik;</p> <p>umfassende EU-Klimaschutzrichtlinie mit ambitionierten Zielen und Maßnahmen;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Artenvielfalt durch wirksamen Naturschutz sichern;</p> <p>nicht-nachhaltigen Fischfang stoppen;</p> <p>Lärmschutz auf der Schiene durch lärmabhängige Trassenpreise verbessern;</p> <p>Schiffsverkehr umweltfreundlicher machen;</p> <p>kein Umweltdumping in der EU bei Industrieanlagen;</p> <p>ermäßigter Umsatzsteuersatz für Abwasser und Abfall sowohl für öffentliche als auch für private Anbieter;</p> <p>ehrgeiziger Klimaschutz: so kostengünstig, technologieoffen und wettbewerblich wie möglich;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Umstellung auf erneuerbare Energien, Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung;</p> <p>Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95%;</p> <p>Umstieg auf erneuerbare Energien zu 100% bis spätestens 2050;</p> <p>Gründung der Europ. Gemeinschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz als Alternative zu Euratom;</p> <p>europaweiter Ausstieg aus der Atomkraft;</p> <p>Entflechtung der Energiemonopole;</p> <p>zielgenauere Forschungspolitik mit Schwerpunkten auf erneuerbaren Energien, Effizienzsteigerung und Energieeinsparung statt auf Atomspaltung und Kernfusion;</p> <p>Moratorium für neue Kohlekraftwerke;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> bezahlbare Energie auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten;</p> <p>ein starkes soziales Sicherungssystem für ökologischer Umbau;</p> <p>Verminderung des Ausstoßes an Klimagasen in der EU bis 2020 um mindestens 40%, bis 2050 um rund 90% gegenüber 1990;</p> <p>deutlich mehr Finanzmittel für Klima- und Regenwaldschutz und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern;</p> <p>drastisch verschärfte Vorgaben für den Klimagasausstoß von Kraftwerken und Unternehmen;</p> <p>kein Neubau von Kohlekraftwerken;</p> <p>radikale ordnungspolitische Eingriffe in Energiewirtschaft;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	keine Ausführungen

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Umwelt, Klima, Energie (Forts.)	<p>EU auf absehbare Zeit auf Nutzung fossiler Energieträger und Kernkraft angewiesen;</p> <p>europäische Energiestrategie: schlagkräftige Energieaußenpolitik mit verbessertem Netzzugang, größerer grenzüberschreitender Netzkapazitäten und mehr Transparenz beim Energiegroßhandel</p>	<p>Reduktion der CO₂-Emissionen Deutschlands um 40% bis 2020;</p> <p>geschlossenes und entschlossenes Auftreten Europas in den internationalen Klimaverhandlungen;</p> <p>Atomausstieg europaweit zu Gunsten der Förderung regenerativer Energien.</p>	<p>Entlastungen der Verbraucher, zum Beispiel durch die Senkung der Stromsteuer bzw. einen ermäßigten Mehrwertsteuerersatz auf Energie;</p> <p>wirksames globales Klimaschutzabkommen (Post-Kyoto);</p> <p>Emissionshandel auf alle Wirtschaftssektoren ausweiten;</p> <p>kostengünstige Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern stärker nutzen;</p> <p>erneuerbare Energien auf 20% ausbauen, aber nicht auf Kosten der tropischen Regenwälder;</p> <p>Ausbau der Solarenergie in der Mittelmeerregion vorantreiben.</p>	<p>Weiterentwicklung des Emissionshandels: nach dem Luft- auch den Schiffsverkehr in das Handelssystem mit einbeziehen;</p> <p>Emissionen bis 2020 um mindestens 30% und bis 2050 um mindestens 80% reduzieren;</p> <p>Europaweites Stromeinspeisungssystem für erneuerbare Energien einführen;</p> <p>Mehr Wettbewerb bei der Energieerzeugung und eine möglichst dezentrale Energieproduktion und -Versorgung;</p> <p>Gründung einer deutschen Netzgesellschaft mit mehrheitlicher öffentlicher Beteiligung;</p> <p>europäische Regulierung der Stromnetze;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p>unverzögerlicher und unumkehrbar Ausstieg aus der Atomwirtschaft, Beendigung des Euratom Vertrages;</p> <p>Verbot der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennstäbe in allen EU Mitgliedstaaten;</p> <p>kein Rücktransport hochradioaktiven Wiederaufarbeitungsmülls in die Herkunftsländer;</p> <p>Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand;</p> <p>bis 2020 Anteil erneuerbarer Energien bei 25%.</p> <p>Verbot der Grundschleppnetzfischerei, Einrichtungen großflächiger Meeresschutzgebiete;</p> <p>konsequente Umsetzung der EU- Wasser-rahmenrichtlinie.</p>	

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Umwelt, Klima, Energie (Forts.)				<p>Umweltrecht umsetzen, Verbandsklagerecht einführen, Nachhaltigkeit stärken;</p> <p>europaweit ambitionierte und verbindliche Zielvorgaben für die Müllvermeidung einführen und Recyclingquoten weiter erhöhen;</p> <p>Überprüfung der EU-Biopatent Richtlinie;</p> <p>Rechtsrahmen für Anwendung der Nanotechnologie schaffen;</p> <p>Energieverschwendung in der Ernährungswirtschaft stoppen;</p> <p>eine ausgewogene Meerespolitik vorantreiben;</p> <p>Fischereipolitik endlich reformieren;</p> <p>Tierschutz in Europa stärken.</p>		

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Bildung, Kultur, Forschung	<p><u>Forderungen:</u> gezielte Förderung entscheidender Zukunftsträger wie Informations- und Kommunikationstechnologien oder Bio- und Nanotechnologien als wichtige Weichenstellungen für das Europa des 21. Jahrhunderts;</p> <p>Ausbau der Bildungssysteme der EU Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer Zuständigkeiten mit dem Ziel, Zugang zur Bildung zu verbessern und enge Verzahnung von Theorie und Praxis herbeizuführen;</p> <p>möglichst frühzeitiger Fremdsprachenunterricht und verstärkte Förderung von Auslandsaufenthalten;</p> <p>Einrichtung von Kompetenzzentren für außereuropäische Kulturen;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> den freien Wissensverkehr zur fünften Freiheit des Binnenmarktes machen;</p> <p>weitere deutliche Steigerung der nationalen und europäischen Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung;</p> <p>besonderer Schwerpunkt auf Bildung und beruflicher Weiterbildung,</p> <p>frühkindliche Erziehung, schulische und universitäre Bildung müssen allen Menschen in der Gesellschaft offen stehen und in einen Prozess lebenslangen Lernens münden;</p> <p>europäisches Recht auf Weiterbildung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;</p> <p>Verbesserung der Möglichkeiten für Jugendliche für Austauschprogramme oder Jugendbegegnungen.</p>	<p><u>Forderungen:</u> zusätzliche Förderung der Programme COMINIUS (Schulbildung), ERASMUS (Hochschulbildung), LEONARDO DA VINCI (berufliche Bildung) und GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung);</p> <p>Ausbau oder wo nötig Wiederbelebung von Städtepartnerschaften;</p> <p>Initiierung von Maßnahmen zur Sprachförderung;</p> <p>Maßnahmen zur Förderung der deutschen Sprache in den Mitgliedstaaten und als Amts- und Arbeitssprache in den EU-Institutionen;</p> <p>systematische Förderung des Fremdsprachenlernens für Kinder;</p> <p>Strategie für innovationsfreundliche "Lead Markets";</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Wissensgesellschaft für alle Menschen ermöglichen;</p> <p>Auslandserfahrungen für alle fördern; Austauschprogramm für Lehrerinnen und Lehrer, das systematisch in deren Aus- und Weiterbildung integriert ist;</p> <p>lebenslanges Lernen europaweit: modulare Organisation von Aus- und Fortbildung in allen Mitgliedstaaten;</p> <p>Abbau von Beschränkungen in der beruflichen Mobilität, Bildungssysteme der Mitgliedsstaaten müssen durchlässiger und transparenter werden;</p> <p>Bildungsmobilität zwischen den Mitgliedstaaten deutlich verbessern, Studienleistungen europaweit anerkennen;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Bedingungen schaffen, dass alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben können;</p> <p>Schaffung besserer Rahmenbedingungen für Künstlerinnen und Künstler und alle Kulturschaffenden im Steuer-, Arbeits-, Sozialversicherungs- und Urheberrecht;</p> <p>mindestens 1% des EU-Haushalts für den Kulturaustausch;</p> <p>Stopp der schrittweisen Privatisierung von Bildungseinrichtungen und der Herausbildung einer kleinen europ. Bildungselite;</p> <p>gegen Privatisierungen im Bildungsbereich, Ablehnung von Public Private Partnerships;</p> <p>Humanisierung der Arbeit, Demokratisierung und Partizipation als Leitziele der allgemeinen und beruflichen Bildung;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	keine Ausführungen

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Bildung, Kultur, Forschung(Forts.)	<p>Festhalten an dem Ziel, dass 3% des europäischen Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert werden.</p>		<p>weiterer Bürokratieabbau im 7. Forschungsrahmenprogramm;</p> <p>besser geschützte Rechte am geistigen Eigentum und Schaffung eines europäischen Patentes mit Erleichterungen insbesondere für Mittelständler;</p> <p>Gestaltung eines gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkts für Forscher;</p> <p>Förderung regionaler Innovationstätigkeit durch neue Programme für die Kohäsionspolitik;</p> <p>überarbeitete Regeln für staatliche Beihilfen für Forschung und Entwicklung sowie Innovation.</p>	<p>Schaffung eines echten europäischen Forschungsraumes;</p> <p>Forschungsförderung demokratisch und transparent gestalten und unbürokratisch ausrichten;</p> <p>konzeptionelle und finanzielle Aufwertung europäischer Kulturpolitik;</p> <p>europäischen Film und neue Kunstformen stärken;</p> <p>für eine gemeinsame europäische Sportpolitik, unter der Berücksichtigung der Besonderheiten und der weitgehenden Autonomie des Sports;</p> <p>Qualität und Vielfalt bei den Medien garantieren;</p> <p>faire Verfahren entwickeln, um Künstlerinnen und Künstler für die Bereitstellung ihrer Werke im Internet oder anderswo zu entschädigen.</p>	<p>Ausbau der Förderprogramme der EU für Auslandsaufenthalte während der Ausbildung;</p> <p>Beendigung von öffentlich-privaten Partnerschaften in der Forschung;</p> <p>Umsteuern in der Forschungsförderung der EU hin zur konsequenten Ausrichtung des EU-Forschungsrahmenprogramms auf den Wissensbedarf für einen nachhaltigen sozial-ökologischen Wandel der europäischen Gesellschaften.</p>	

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Internationale Finanzmärkte	<p><u>Forderungen:</u> neue weltweite Ordnung der Finanzmärkte;</p> <p>Reformen der internationalen Finanzmärkte: Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftspflicht:</p> <p>Verpflichtung zur umfassenden Information für Anbieter von Finanzdienstleistungen;</p> <p>Verbesserung der Regulierung durch Beaufsichtigung von Rating- Agenturen sowie Aufsicht oder Regulierung für Hedge Fonds;</p> <p>Stärkung der Integrität der Finanzmärkte durch verstärkten Schutz von Anlegern und Investoren, Unterbindung von Marktmanipulation und Betrug;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Vertrauen und Stabilität auf den Finanzmärkten wiederherstellen:</p> <p>Klare Regeln und mehr Transparenz auf den Finanzmärkten;</p> <p>Neue europäische und internationale Finanzarchitektur;</p> <p>verbesserte Banken- und Finanzmarktaufsicht: demokratische Reform des IWF und Ausbau zur zentralen Kontroll- und Koordinationsinstanz für die internationale Finanzwirtschaft;</p> <p>verbesserte Regulierung und Aufsicht von Rating-Agenturen europäisch und international durchsetzen;</p> <p>stärkere Aufsicht und Kontrolle hoch spekulativer Finanzprodukte;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> eine einheitliche EU-weite Bankenaufsicht, die bei der EZB anzusiedeln ist;</p> <p>eine deutlich verstärkte und effektivere Zusammenarbeit der nationalen Finanzaufsichten im globalen Rahmen;</p> <p>verbesserte Vorschriften für Banken in den Bereichen Risikobewertung, Eigenkapitalausstattung, Bilanzierung;</p> <p>Stärkung des Internationalen Währungsfonds und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich;</p> <p>robustes und krisensicheres Finanzmarktsystem.</p>	<p><u>Forderungen:</u> Verbrauchervertrauen auf den Finanzmärkten wiederherstellen;</p> <p>Finanzmärkte durch klare, grenzüberschreitende Regeln und Kontrolle besser regulieren;</p> <p>Umsetzung der europäischen Vorgaben für den Einlagenschutz bei Geldanlagen und die Verbraucherkreditrichtlinien;</p> <p>verpflichtendes Label für Finanzprodukte;</p> <p>Einführung der europäischen Finanzumsatzsteuer für mehr Stabilität an den Finanzmärkten;</p> <p>europäische und internationale Steueroasen austrocknen;</p> <p>Managervergütung stärker an langfristigen und nachhaltigen Kriterien ausrichten;</p> <p><u>Forts. è</u></p>	<p><u>Forderungen:</u> Regulierung der Finanzmärkte durch Kapitalverkehrskontrollen, durch eine Steuer auf Finanztransaktionen sowie die Vereinbarung von Wechselkurszielzonen;</p> <p>die umfangreichen Staatshilfen müssen auf die Verstaatlichung aller Banken und die Überführung des gesamten Finanzsektors in öffentliches Eigentum abzielen;</p> <p>grundsätzliches Verbot des Handels mit Verbriefungen und Kreditderivaten;</p> <p>Verbot von Hedge Fonds, Private Equity Fonds und Real Estate Investment Trusts,</p> <p>Verpflichtungen von Bankern und anderen Finanzinstitutionen, den zuständigen Aufsichtsbehörden umfassende Informationen über ihre</p> <p><u>Forts. è</u></p>	keine Ausführungen

Wahlprogramme der Parteien zur Europawahl 2009

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Internationale Finanzmärkte (Forts.)	<p>Überprüfung von Vergütungs- und Bonussystemen von Managern;</p> <p>Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, Aufbau einer europäischen Bankenaufsicht unter maßgeblicher Beteiligung der EZB;</p> <p>Reform der internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen;</p> <p>Ansiedlung eines Wirtschaftsrates bei den Vereinten Nationen.</p>	<p>strengere Anforderungen und Transparenzvorschriften für das Risikomanagement und die Eigenkapitalvorsorge von Banken;</p> <p>effektivere Kontrolle und Regulierung von Hedge Fonds und Private Equity Fonds;</p> <p>Neue Regelungen für Vergütungen von Vorständen und Managern.</p>		<p>Rating- Agenturen stärker regulieren;</p> <p>europäische Banken- und Finanzaufsicht.</p>	<p>Tätigkeiten und Risikopositionen zu geben;</p> <p>strengere Regulierung der Finanzmärkte;</p> <p>Einführung von gesetzlichen Obergrenzen für die Fremdfinanzierung von Investitionen.</p>	